

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. März 1960

91/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. van T o n g e l , Dr. K o s und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen und den Bundesminister für Handel und
Wiederaufbau,
betreffend Massnahmen für den Strassenbau.

-.-.-.-

Die Öffentlichkeit befürchtet, dass die jüngst angekündigten Massnahmen gegen Überhitzung und Auftriebstendenzen in der Bauwirtschaft zu einer neuerlichen Einschränkung des österreichischen Strassenbaues führen könnten. Bekanntlich ist durch den Staatsvoranschlag für das Jahr 1960 der Autobahnbau nur bis Mitte Juli 1960 finanziell gesichert, während im Bereich der Bundesstrassen "B" alle Neubaumassnahmen unterbleiben müssen. Sollten weitere Massnahmen ergriffen werden und diese an und für sich geringe Bautätigkeit im Sektor des Strassenbaues noch mehr eingeschränkt werden, würden sich eine Reihe von Gefahren für unsere Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft einstellen. Eine Bremsung der Konjunktur auf dem Gebiet des Strassenbaues muss deshalb ohne Wirkung bleiben, weil nur knappe 15 Prozent des Bauvolumens auf den Strassenbau entfallen, weil weiterhin angesichts der hochgradigen Mechanisierung des Strassenbaues die Maschinenkapazität nicht voll ausgenützt ist und kaum zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, sodass von einer Konjunkturüberhitzung und Preisauftriebstendenzen im Strassenbau gar nicht die Rede sein kann. Jede Verzögerung im Ausbau unserer Strassen bleibt daher nicht nur konjunkturpolitisch wirkungslos, sie bedeuten vielmehr geradezu den gegenteiligen Effekt: denn schlechte Strassen verursachen Jahr für Jahr Milliardenverluste durch erhöhte Abnutzung, erhöhte Reparaturanfälligkeit der Fahrzeuge, durch höheren Reifenverbrauch, vergrösserten Treibstoffverbrauch sowie durch höhere Unfallquoten usw. Aber auch die Wirtschaft erleidet durch einen schlechten Strassenzustand erhebliche Verluste, was für ihre Konkurrenzfähigkeit in grösseren Märkten negativ wirkt.

Schliesslich aber bedeuten schlechte und enge Strassen für Österreich als Fremdenverkehrsland erhebliche Gefahren angesichts der Tatsache, dass jährlich etwa 30 Millionen fremde Gäste auf den Strassen nach Österreich einreisen. Diese ausländischen Gäste, die etwa vier Milliarden Schilling in Devisen nach Österreich bringen, erwarten mit Recht ein modernes staubfreies Strassennetz.

Angesichts der Tatsache, dass unser Strassennetz noch lange nicht in der Lage ist, modernen Ansprüchen gerecht zu werden und daher der Strassenbau nicht noch weiter gedrosselt werden darf, richten die gefertigten Abgeordneten an die

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. März 1960

Herren Bundesminister für Finanzen sowie für Handel und Wiederaufbau die

A n f r a g e n :

1) Sind die Herren Bundesminister bereit, im Bereiche ihrer Ressorts alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um einen weiteren Ausbau des österreichischen Strassennetzes zu sichern?

2) Sind die Herren Bundesminister bereit, die von ihnen in Aussicht genommenen Massnahmen gegen eine Konjunkturüberhitzung und Preisauftriebstendenzen im Bereiche der Bauwirtschaft nicht auf den Strassenbau auszudehnen, vielmehr durch ein langfristiges Programm und dessen finanzielle Sicherung auf mehrere Jahre hinaus, sowohl im Bereiche der Bundesstrassen als auch für die Landes- und Gemeindestrassen den weiteren Ausbau eines modernen Strassennetzes zu ermöglichen?

3) Sind die Herren Bundesminister bereit, die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten, um die volle Freigabe der zweckgebundenen Einnahmen aus dem Zuschlag zur Mineralölsteuer für das laufende Budgetjahr zu ermöglichen und überdies durch Bereitstellung von mindestens 300 Millionen Schilling ausserordentlicher Mittel für die Autobahn und die Bundesstrassen "B", die Durchführung eines Mindestprogrammes zu ermöglichen?

4) Sind die Herren Bundesminister bereit, im gemeinsamen Zusammenwirken dafür Sorge zu tragen, dass die Bauprogramme aller Gebietskörperschaften koordiniert werden und eine solche Ausschreibung und Vergebung der Aufträge im Strassenbau erfolgt, dass eine gleichmässige Ausnützung der gesamten Bau-saison, ein rationeller Einsatz der verfügbaren Mittel und verfügbaren Maschinen gewährleistet und damit jeder saisonbedingten Konjunktursteigerung vorgebaut wird?

-.--.-.-.-